Ein Plädoyer für mehr Klarheit, adäquate Führung und Kontrolle

Das diesjährige BVG-Seminar der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) ging Ende November im Grand Casino Luzern über die Bühne. Debattiert wurde über Transparenz, Datenschutz, Risikomanagement und Aufsicht.

Barbara Reichlin Radtke, Rechtsanwältin und Leiterin der ZBSA, präsentierte eine Umfrage, die ihre Aufsichtsbehörde bei den unterstellten Vorsorgeeinrichtungen (VE) durchführte. Eine überwiegende Mehrheit zeigte sich zufrieden mit der Arbeit der ZBSA.

Für Datenschutz mit Augenmass

Evelyn Schilter, Leiterin der Rechtsberatung berufliche Vorsorge bei Towers Watson AG, setzte sich dafür ein, dass Datenschutz von VE ernst genommen wird, da Haftungsrisiken bestehen. Pensionskassen haben die Gelegenheit teilweise genutzt, Punkte Datenschutz aufzuräumen und zu modernisieren. Dabei ist – so Schilters Fazit – eine gute Dokumentation entscheidend. Die Referentin nannte hier den Nachweis der Umsetzung von Datenschutzerfordernungen, unter anderem mit internen Datenschutzrichtlinien. Diese sollen die Pensionskassen möglichst klar für sich ausarbeiten. Sie wies darauf hin, dass eine Datenschutzerklärung noch «keine Einwilligung, sondern eine Information» sei, und dass insbesondere auch die Löschung der Daten geregelt und implementiert werden müsse. Datenschutz – so Schilter – wird niemals abschliessend erreicht: «Es ist ein Prozess». Gerade im Zeitalter der Digitalisierung bleiben Schutz und Sicherheit von Personendaten, die bei der Personalvorsorge matchentscheidend sind, zentral. Technische und organisatorische Massnahmen zur Datensicherheit sind dabei «das Kernstück des Datenschutzes». Schilter plädierte dafür, Situationen und Prozesse zu

reflektieren und heikle Schnittstellen umfassend zu prüfen. Dies könne in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern, z. B. in Form von Workshops, geschehen. Dabei lässt man sich am besten von «Augenmass und gesundem Menschenverstand» leiten.

Für ein angemessenes und unabhängiges Investment Controlling

Benita von Lindeiner, Partnerin bei c-alm AG, forderte, dass das Investment-Controlling «keine Alibi-Übung» sein soll. Dessen Überwachung gehört zur Führungsfunktion des obersten Organs: Es legt die Anlagestrategie und deren Organisation fest. Dabei sei – so von Lindeiner – sinnvoll, dass der Stiftungsrat «einen professionellen Vermögensverwalter mit der Durchführung der Vermögensanlage» beauftragt. Da es um viel Geld geht, sei die Vermögensanlage jedoch anfällig für Interessenskonflikte und asymmetrische Informationen. Der Vermögensverwalter bringt – gemäss von Lindeiner – den Vorteil mit, dass er ein «hochausgebildeter und spezialisierter Profi» ist.

Das Ungleichgewicht bei den Informationen werde durch ein adäquates Investment Controlling reduziert. Dabei sollte vor allem der Grundsatz der Gewaltentrennung – die Trennung von Ausführung und Kontrolle – berücksichtigt werden. Weiter sollte der Empfängerkreis klar definiert sein und das Controlling umfassend und massgeschneidert sein. Nur so kann der Investment Controller das oberste Organ in seiner ganzheitlichen, gesetzlich vorgeschriebenen

Verantwortung betreffend «Festlegung, Umsetzung und Überwachung der Anlagestrategie und -organisation» unterstützen.

Für klare Reglementsbestimmungen

Simone Emmel, Anwältin in Basel, stellte drei Bundesgerichtsentscheide zu Leistungsfällen vor. In einem Fall wurde die Vorsorgeeinrichtung vom Bundesgericht zu Leistungen verpflichtet, weil die Reglementsbestimmungen Interpretationsspielraum liessen. Emmel wies darauf hin, dass unklare Reglementsbestimmungen im Zweifel zu Lasten der Vorsorgeeinrichtung ausgelegt werden, und empfahl eine regelmässige Überprüfung der Reglemente.

Für ein gemeinsames, klares Kontroll- und Aufsichtsverständnis

André Tapernoux, Partner bei Keller Experten AG, plädierte für eine unabhängige Aufsicht und nannte die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK) «einen gutschweizerischen Kompromiss». Diese bilde gemeinsam mit den Direktaufsichtsbehörden

das föderale System der Schweiz gut ab. Wichtig, so der Referent, ist «das gemeinsame Kontroll- und Aufsichtsverständnis», weil sich daran entscheidet, ob das System funktioniert. Die Kontaktpflege zwischen den Institutionen – Experten, Revisoren, Aufsichtsbehörden und OAK – ist von essenzieller Bedeutung. Diese Aufsichtspyramide habe sich in der Praxis bewährt, wobei Herausforderungen bleiben und «nicht alles gut ist, wie es ist.» Die verschiedenen Aufgaben der einzelnen Akteure sollten klar differenziert werden: Der Stiftungsrat führt, die Revisionsstelle prüft und der Experte berechnet, empfiehlt und berät den Stiftungsrat. Bei der progressiven Entwicklung des Systems würden alle Systemhüter gefordert, wobei Stiftungsräte zentral sind. In seiner Einschätzung der Angemessenheit der Kontrollfunktion der Aufsicht betonte Tapernoux insbesondere die Komplexität des Systems, das zu «einer gewissen Intransparenz» führt. Ein Schwachpunkt sei die Statistik, die eigentlich in der Verantwortung der Aufsicht liegen sollte. Nur mit verlässlichen und vergleichbaren Zahlen können Probleme rechtzeitig erkannt und angegangen werden.